BÜRGERALLIANZ
Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.

Bürgerallianz Thüringen e. V. • Kurhausstraße 6 • 36433 Bad Salzungen

Frau Ministerpräsidentin Christiane Lieberknecht
Regierungsstraße 73
99084 Erfurt

Offener Brief

17.07.2013

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Lieberknecht,

mit Verwunderung haben die Bürgerinitiativen „Für sozial-gerecht Kommunalabgaben“ in Thüringen zur Kenntnis genommen, dass sich CDU und SPD im Thüringer Landtag, auch auf Empfehlung der Landesregierung, gegen ein Moratorium für Abwasser- und Straßenausbaubeiträge, das die LINKE im Landtag vorgeschlagen hatte, ausgesprochen haben.

Ein solches Moratorium wäre gerade mit Blick auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 05.03.2013 (AZ: 1 BvR 245/08) zur Verfassungswidrigkeit einer unbefristeten rückwirkenden Erhebung von Beiträgen nach dem Bayerischen Kommunalabgabengesetz sinnvoll gewesen.

Selbst der Thüringer Innenminister hatte erklärt, dass dieses Urteil auch Auswirkungen auf Thüringen haben wird. Die Ankündigung des Innenministers bis zur Sommerpause 2013 einen Referentenentwurf vorzulegen wurde bisher nicht eingehalten.

Die Debatte im Thüringer Landtag zum Gesetzentwurf der LINKEN hat zudem gezeigt, dass die Landesregierung und CDU/SPD offenbar wieder nur eine halbherzige Lösung anstreben. So soll zwar das Problem der unechten Rückwirkung bei den Abwasser- und Straßenausbaubeiträgen gelöst werden, nicht aber das zudem bestehende Problem der echten Rückwirkung nach § 7 Abs. 12 Thüringer Kommunalabgabengesetz.

Wenn aber das Bundesverfassungsgericht schon bei der unechten Rückwirkung verfassungsrechtliche Bedenken äußerst, kann dies nicht ohne Auswirkungen auf die echte Rückwirkung haben, stellt diese doch eine erhebliche Umgehung des Verfassungsgrundsatzes des Rückwirkungsverbotes dar. DIE LINKE hat dies erkannt. CDU/SPD und die Landesregierung wollen offensichtlich dieses Problem nicht erkennen oder können es nicht. Beide Sachverhalte sind nicht akzeptabel.

Gerade die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zeigt, dass das Beitragssystem auf Grundlage des Kommunalabgabengesetzes nicht mehr reformierbar ist. Zudem ist eine rechtsichere

Ausgestaltung des Beitragserhebungsverfahrens nicht mehr erreichbar. Daher bleibt die Forderung der Bürgerinitiativen nach Abschaffung der Beiträge auf Grundlage des Kommunalabgabengesetzes aktuell. CDU und SPD im Landtag blockieren derzeit die Abschaffung dieser Beiträge. Die Landesverfassung lässt zudem zu dieser Thematik kein Volksbegehren zu. Diese Situation ist völlig unbefriedigend und stößt zu recht auf Unverständnis bei den Bürgerinnen und Bürgern.

Wir fordern, dass im Landtag erneut über die Abschaffung der Abwasser- und Straßenausbaubeiträge entschieden wird. Der Gesetzentwurf des Volksbegehrens wäre geeignet, eine Anschlussregelung zu finden, die zu keiner zusätzlichen Belastung des Landeshaushaltes und der Kommunalhaushalte führt.

Sollte sich hier eine Landtagsmehrheit verweigern, wäre durch den Landtag zumindest der Haushalts- und Abgabenvorbehalt in der Landesverfassung so zu ändern, dass über diese Frage letztlich die Bürgerinnen und Bürger im Rahme eines Volksbegehren und -entscheides entscheiden können. Im Rahmen eines Volksbegehrens/Volksentscheides können auch CDU und SPD für ihre Argumente werben. Sie sollten in dieser Hinsicht Vertrauen in das Volk haben.

Als Sofortmaßnahme fordern wir ein Moratorium für die Erhebung von Abwasser- und Straßenausbaubeiträgen. Dieses Moratorium sollte bis zu einer endgültigen Entscheidung über das Beitragserhebungsverfahren gelten. Es macht keinen Sinn und ist verantwortungslos, die kommunalen Zweckverbände und Gemeinden zur weiteren Beitragserhebung zu zwingen, die offensichtlich verfassungswidrig ist. So darf eine Landesregierung und auch nicht der Landtag mit den Kommunen und den Bürgerinnen und Bürgern umgehen.

Wir gehen davon aus, dass Sie sich mit uns über dieses Schreiben im persönlichen Gespräch verständigen wollen. Bitte unterbreiten Sie uns hierfür Terminvorschläge.

Mit freundlichem Grüßen

gez. Peter Hammen
Stellv. Vorsitzender Bürgerallianz Thüringen